

Dankesrede

Frau Präsidentin,

meine Damen und Herren,

Ihre Auszeichnung ehrt mich, und ich spreche Ihnen dafür meinen aufrichtigen Dank aus.

Genau genommen gilt die Anerkennung nicht meiner Person, sondern dem Gedanken, der sich mit der Frage nach dem souveränen Handeln der Schweiz in einer interdependenten Welt befasst. Die Fragestellung ist nicht neu, jedenfalls nicht für diejenigen, die ein eigenständiges und verantwortungsvolles Handeln für ein wesentliches Attribut eines unabhängigen Staates halten. Im Verhältnis zur EU ist die Problematik seit 20 Jahren besonders aktuell, nämlich seit den Verhandlungen über die Schaffung des EWR. Ja, ich gehöre zu den Schweizern, die einem Beitritt des Landes zum EWR ohne die verbindliche Perspektive eines EU-Beitritts nicht zugestimmt hätten; zu gross waren die einseitigen Abhängigkeiten und die Bindungen, welche dieses Vertragswerk schuf. Allein die Aussicht, in einen sog. EFTA-Pfeiler eingepfercht zu werden, konnte nichts Gutes verheissen. Als ich dem damaligen Bundesrat Delamuraz einmal sagte, dass die Schweiz per saldo an Souveränität gewinnen könnte, indem sie den EG beitrete und einen Teil ihrer Souveränität an die Union abtrete, antwortete er: „von Daeniken, tu es un intellectuel“! Mit anderen Worten: Sachlich magst du Recht haben, doch politisch ist damit noch nichts gewonnen.

Der im erwähnten NZZaS vom 24. August 2008 getroffene Befund, wonach die Schweiz infolge ihrer Abhängigkeiten von der EU zunehmend an Souveränität verliert und fremdbestimmt wird, hat seit dem letzten Sommer nichts an Aktualität verloren. Der bilaterale Weg fördert unsere Souveränität nicht, sondern er schwächt sie und baut die Abhängigkeiten aus. Mit anderen Worten: Er macht die Schweiz druckanfällig. Dieser Erkenntnis wird heute, ein knappes Jahr später, niemand ernsthaft widersprechen. Die Diskussionen um die Belange des Finanzplatzes Schweiz machen die Druckanfälligkeit der Schweiz überdeutlich. Dabei sind es bei weitem nicht nur das Bankgeheimnis und Steuersachen, wo sich starke Pressionen bemerkbar machen. Der Vorgang der Fremdbestimmung ist schleichend und umfasst mittlerweile viele Lebensbereiche, und zwar auch solche, die nicht Gegenstand der bilateralen Verträge sind.

Was ist zu tun? Erwarten Sie von mir keinen Entwurf für eine „road map“ in Richtung EU-Beitritt. Wir können uns in diesem Augenblick auf eine andere Art an eine Antwort herantasten. Was, so frage ich, müsste der Bundesrat als erste Schritte unternommen haben, damit er dereinst an einem Europatag von Ihnen, Frau Präsidentin, den Europapreis entgegennehmen könnte? Für dieses in absehbarer Zeit unwahrscheinliche Szenario lassen sich folgende Voraussetzungen denken.

- Die Regierung befasst sich regelmässig, mehrmals im Jahr mit der Stellung der Schweiz in Europa, mit ihrem Verhältnis zur Union. Sie beurteilt die Lage im Sinn einer politischen Auseinandersetzung und nicht eines kleinlichen Erbsenzählens. Lange Europaberichte braucht sie dafür nicht. Was gibt der Schweiz Sicherheit, was verschafft ihr Wohlstand, was sichert ihr den Frieden? Und was trägt die Schweiz dazu bei? Gibt es neben der Solidarität mit den Ärmsten dieser Welt auch eine Solidarität mit Europa, und worin besteht diese? So lauten die einer politischen Führung angemessenen Fragen. Ihnen muss sich der Bundesrat routinemässig stellen, und er müsste auch die Entschlossenheit aufbringen, ehrliche Antworten zu geben und die Konsequenzen daraus zu ziehen.
- Der Bundesrat spricht innenpolitisch Klartext. Im Gegensatz zu heute, wo die Verlautbarungen aus dem Bundeshaus stets den Eindruck zu erwecken suchen, die Schweiz habe das Heft allein in der Hand, verweist der Bundesrat

offen auf die Abhängigkeiten, auf die wachsende Fremdbestimmung, auf die Drückanfälligkeit der Schweiz – und auf deren Folgen. In seiner innenpolitischen Rhetorik macht er deutlich, dass nicht nur die Schweiz Interessen im Ausland hat, sondern auch das Ausland gegenüber der Schweiz; und dass es eine entscheidende Rolle spielt, wie die Schweiz auf diese Interessen reagiert. Diese Sprache führt die Landesregierung nicht nur in Pressemitteilungen, sondern im steten Diskurs mit den politisch bestimmenden Kräften des Landes, so mit der Wirtschaft, mit den Parteien, mit Vertretern des Denkplatzes Schweiz. Er gibt, mit anderen Worten, europapolitische Impulse.

- Der Bundesrat legt die aussenpolitischen Schwerpunkte neu fest, und zwar in einer Weise, welche der strategischen Lage des Landes, seiner Geschichte und seiner Berufung und Verantwortung gerecht wird. Weil die EU-Nichtmitgliedschaft die Schweiz paradoxerweise ihren Nachbarstaaten entfremdet, kommt der Pflege der Beziehungen zu unseren Nachbarn und zu den Ländern der Union der höchste Stellenwert zu. Und zwar auf allen Ebenen, auch auf der diplomatischen. Die Schweiz hat in den letzten Jahren neue Vertretungen in allen Weltgegenden eröffnet; auf Haiti, in Kamerun, auf Madagaskar, in Armenien, in Aserbeidschan, in Nepal, in Angola. Aber noch immer ist sie nicht in allen EU-Ländern vertreten. Die gleichzeitig erfolgte Ausdünnung des diplomatischen Personals auf den Botschaften in den EU-Staaten – Klammer: und auch in Washington, der amerikanischen Hauptstadt! Klammer geschlossen – lässt keinen anderen Schluss zu als den, dass die diplomatische Interessenwahrung in Europa keine Priorität mehr genießt. Ja, meine Damen und Herren, könnte es sein, dass die missliche Lage, in der sich die schweizerische Aussenpolitik gegenwärtig befindet, auch eine Folge falscher aussenpolitischer Prioritäten ist?

Es ist unwahrscheinlich, dass der Bundesrat in absehbarer Zeit seine Gangart ändert. Die Landesregierung nimmt –wider besseres Wissen, nehme ich an – in Kauf, dass das Land nach und nach in die Stellung eines zugewandten Ortes abgleitet und weiss sich dabei von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen. Und für den Rest gilt: Honni soit qui mal y pense!

Das Desinteresse an Fragen der Europapolitik, der Mangel an Gestaltungswillen dort, wo es für die Schweiz eigentlich darauf ankäme, hat viele Gründe. Die innenpolitische Polarisierung, der auf den bisherigen guten Rahmenbedingungen abgestützte wirtschaftliche Erfolg der Schweiz, verhältnismässig stabile soziale Verhältnisse, die Leistungen des Denkplatzes Schweiz und anderes mehr mögen dazu beitragen. Beruht die europapolitische Lethargie aber nicht auch auf einer Unsicherheit bezüglich der Frage, welche Überzeugungen die Schweiz in der EU geltend machen soll? Hat die Schweiz noch starke Überzeugungen bezüglich der Werte, die sie in Europa einbringen könnte? Auf ihre Leistungen und Errungenschaften darf die Willensnation Schweiz, dieses in Vielem so kreative Land, stolz sein; haben wir aber noch die Kraft und die beharrliche Zähigkeit, in Europa zum Leuchten zu bringen, was das alles in allem erfolgreiche Modell Schweiz ausmacht?

Falls Sie aus diesen Fragen leichte Zweifel herausspüren sollten, so haben Sie sich nicht überhört. Damit will ich Sie aber überhaupt nicht von Ihrer Entschlossenheit bringen, die Schweiz Europa näher zu bringen. Lassen Sie sich durch die innenpolitische Polarisierung auch nicht verunsichern. Denken Sie an George Bernard Shaw, der einmal sagte: Der vernünftige Mensch passt sich den Verhältnissen an. Der unvernünftige Mensch versucht, sie zu verändern. So scheint jeder Fortschritt von unvernünftigen Menschen abzuhängen.

Ich danke Ihnen.